


lesen.

- > [heute](#)
- > [gestern](#)
- > [beilagen](#)

abonnieren.

- > [printabo](#)
- > [onlineabo](#)
- > [newsletter](#)

werben.

- > [kleinanzeigen](#)
- > [mediadaten](#)

unterstützen.

- > [onlineshop](#)
- > [spende](#)
- > [jungleser-ini](#)
- > [genossenschaft](#)

suchen.

- > [suche im jw-archiv](#)
- > [terminkalender](#)

kontakt.

- > [impressum](#)

08.01.2002

Inland

»Man will uns nur aushorchen«

Radaropfer der Bundeswehr kündigen Zusammenarbeit mit Verteidigungsministerium auf

Im Streit um die Entschädigung strahlengeschädigter ehemaliger Angehöriger der Bundeswehr und der NVA erhebt der Bundeswehrverband schwere Vorwürfe gegen das Verteidigungsministerium. Nach einem Bericht des ARD-Magazins Report hat der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, die Ablösung von Scharpings Radarbeauftragtem Ulrich Birkenheyer gefordert. »Wenn Scharping sieht, daß sein Sonderbeauftragter nicht richtig funktioniert, dann ist die nötige Konsequenz: Man wechselt ihn aus«, sagte Gertz.

Auslöser für diese scharfe Gangart ist die Zwischenbilanz, die der Radarbeauftragte Ende vergangenen Jahres vorgelegt hat. Demnach wurden von insgesamt 1436 Antragsstellern nur fünf als Wehrdienstbeschädigte anerkannt. Sie waren seit den fünfziger Jahren an verschiedenen Waffensystemen beschäftigt und dabei hoher Strahlenbelastung ausgesetzt. Viele von ihnen sind schwer erkrankt oder nach Krebserkrankungen verstorben. Gertz nannte die Zwischenbilanz des Radarbeauftragten »ausgesprochen beschämend, gemessen an den deutlichen Worten, die Scharping zu dem Thema gesprochen hat, zumal von den fünf entschiedenen Fällen vier schon lange entschieden gewesen sind«.

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping hatte wiederholt versprochen, den Radaropfern »so schnell wie möglich, so streitfrei wie möglich, und so großzügig wie möglich« zu helfen. Die Betroffenen beklagen dagegen eine schleppende Bearbeitung ihrer Anträge und einen Wirrwar an Bürokratie. Der Bundeswehrverband fordert jetzt ein Gesetz, um den Opfern schneller zu helfen. Bernhard Gertz: »Wir brauchen ein Strahlenopfer-Entschädigungsgesetz mit einer vollständigen Beweislastumkehr, das den Verteidigungsminister verpflichtet, sich freizubeweisen und, wenn dieser Beweis nicht gelingt, eine Entschädigung auslöst.« Sollte Scharping dieses Gesetz nicht selbst initiieren, werde der Bundeswehrverband ihm einen solchen Entwurf zukommen lassen.

Empört über den Zwischenbericht des Radarbeauftragten äußerte sich auch der Bund zur Unterstützung Radargeschädigter. Der Vorsitzende Peter Rasch kündigte ein Ende der Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium an: »Für uns ist der Dialog am Ende. Man will uns nur aushorchen, um dann zu sagen, was die noch nicht wissen, brauchen wir auch nicht zugeben. Das ist die ganz alte Masche, und da machen wir nicht mehr mit.«

(ots/jW)

[Artikel versenden](#)
[Tagesübersicht](#)
[Artikel ausdrucken](#)

Weiterführende Lektüre zum Thema bei amazon finden?
Suchbegriff eingeben:

suchen!

© [junge welt](#) webseiten: [kulturrevolution](#)